

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

§ 55 GOG-NR

der Abgeordneten Herbert
und weiterer Abgeordneter

betreffend jeweils eigenes Dienst- und Besoldungsrecht für Polizei und Bundesheer

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (980 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2011 (Bundesfinanzgesetz 2011 – BFG 2011) samt Anlagen (1044 d.B.), Untergliederung 10- Bundeskanzleramt, in der 91.Sitzung des Nationalrates am 20. Dezember 2010

„*Ein neues Lehrerdienstrecht muss her!*“, so wird es von den beiden Bundesministern Schmid und Heinisch-Hosek prolongiert.

Einer der Hauptgründe für ein neues Lehrerdienstrecht ist, dass es im Jahr 2013 eine Pensionsschwämme bei den Lehrern geben wird. Jedoch drängt sich der Verdacht auf, dass das Lehrerdienstrecht aus anderen Gründen geändert werden soll. Einer dieser Gründe scheint zu sein, und das ist wohl der Hauptgrund, dass damit die Umsetzung der Gesamtschule weiter vorangetrieben werden kann. Also ein Dienstrecht angepasst an ein neues Schulsystem.

Die Begründung warum es kein jeweils eigenes Dienst- und Besoldungsrecht für die Exekutive und für das Bundesheer geben soll ist, dass dies, laut der Frau Bundesminister Heinisch-Hosek, zu teuer wäre und diese dienst- und besoldungsrechtliche Erneuerung mit der „im Bälde“ umgesetzte Verwaltungsreform geschehen wird.

Bei der Polizei verhält es sich bzgl. der Pensionierungs-/Ruhestandsversetzungswelle nicht anders wie bei den Lehrern. Ab 2013 beginnt ein steigender Abgang durch Pensionierungen, der sich bis 2020 verschärfen wird. Schon ab 2013 kann die Polizei den Pensionsabgang durch Neuzugänge nicht mehr abdecken.

Beim Bundesheer ergibt sich durch die radikalen, vom Herrn Bundesminister für Landesverteidigung und Sport gewollten, Einsparungs- und Umstrukturierungspläne, eine neue Situation, die ein rasches Handeln im Dienst- und Besoldungsrecht bedarf.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat unverzüglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, welche auf ein die jeweiligen dienstlichen Anforderungen des Bundesheeres und der Exekutive angepasstes Dienst- und Besoldungsrecht beinhaltet.“



Chikler-Greber

2012